



INHALT September 2009

SEITE 1

KEINE NAZIS IN DIE PARLAMENTE!

Materialien der IG Metall-Jugend zur Bundestagswahl

NIEDERSACHSEN PASST AUF!

Zwei Rapper gewinnen den Sonderpreis "die gelbe Hand"

SEITE 2

NGG-NRW WILL'S WISSEN

Kooperation mit dem Kumpelverein bei einer Fortbildung der Hauptamtlichen Gewerkschaftssekretärinnen.

Volksgemeinschaft statt Kapitalismus?

Neues Buch zur sozialen Demagogie der Neonazis

SEITE 3

IN DER KRIESE GEGEN RECHTSPOPULISMUS

Seminar der IG Metall

TERMINE

SEITE 4

UNTERSCHREIBEN GEGEN DEN OPTIONSZWANG

FILM DES MONATS: "WIR SIND DRAN"

Projekt- und Aktionsbox

PARLAMENTARISCHER (BÜNDNIS)ABEND

„AKTIV+GLEICHBERECHTIGT“ versteht sich als ein Beitrag zum Bündnis für Demokratie und Toleranz.



Spendenkonto
Mach meinen Kumpel nicht an! e.V., SEB AG Düsseldorf
Konto 1030 343 800, Bankleitzahl 300 101 11

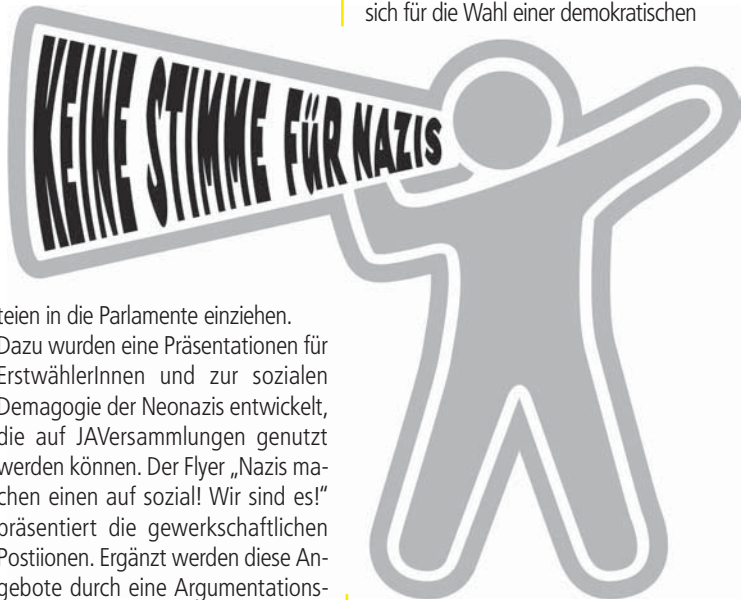
**KEINE NAZIS IN DIE PARLAMENTE!
MATERIALIEN DER IG METALL-JUGEND
ZUR BUNDESTAGSWAHL**

Auch im Wahljahr 2009 verkünden antidemokratische Strömungen der extremen Rechten ihre Parolen. Die vergangenen Landtagswahlen bescheinigen rechtsextremen Parteien erschreckende Wahlerfolge. In Thüringen konnte die NPD ihren Stimmenanteil mehr als verdoppeln und scheiterte nur knapp an der Fünf Prozent-Hürde. In Sachsen gelang ihr – trotz Stimmenverlusten – zum ersten Mal der Wiedereinzug in ein Landesparlament. Damit eröffnen sich der Partei weitere Quellen der staatlichen Parteienfinanzierung. Die Gründung einer parteinahen Stiftung rückt nun in den Bereich des Möglichen. Rechtsextreme Parteien nutzen die sozialen Abstiegsängste der Menschen und versuchen sozialpolitische Themen zu besetzen. Auf Demonstrationen mit brutalen gewalttätigen Übergriffen – wie nach der Gedenkkundgebung „DenkMal“ in Dresden im Frühjahr 2009 oder am 1. Mai in Dortmund – ebenso wie im Betrieb. Die IG Metall-Jugend hat ein Baustein-konzept entwickelt, das betriebliche und örtliche Akteure zu Solidarität und konkretem Handeln ermutigen möchte. Das Konzept ist einsetzbar zur

Arbeit in den Orts- und Bezirksjugendausschüssen, in Jugend- und Auszubildendenvertretungen und weiteren Veranstaltungen. Die Botschaft der Materialien ist klar: Alle gemeinsam können durch ihre Beteiligung an Wahlen verhindern, dass rechtsextreme Par-

teien in die Parlamente einziehen. Dazu wurden eine Präsentationen für ErstwählerInnen und zur sozialen Demagogie der Neonazis entwickelt, die auf JAVersammlungen genutzt werden können. Der Flyer „Nazis machen einen auf sozial! Wir sind es!“ präsentiert die gewerkschaftlichen Positionen. Ergänzt werden diese Angebote durch eine Argumentationshilfe zu den gängigen rechtspopulistischen Stammtischparolen. Sie liefert Fakten, mit denen auf rechtsextreme Äußerungen reagiert werden kann.

Das Konzept basiert darauf, dass jeder etwas tun kann und setzt darauf, die Arbeit gegen Rechtsextremismus in die Betriebe und auf die Jugendauszubildendenversammlungen zu tragen. Die Botschaft hierbei ist klar: Jede Auszubildende und jeder Auszubildende, der sich für die Wahl einer demokratischen



Partei entscheidet, leistet einen Beitrag im Kampf gegen Rechtsextremismus.
Kontakt:
Heike Madan
heike.madan@igmetall.de

Niedersachsen passt auf!

ZWEI RAPPER GEWINNEN SONDERPREIS BEIM WETTBEWERB „DIE GELBE HAND“

Die wiederholten Aktivitäten von Nazis setzten bei den beiden Rappern KOK und DeKo kreative Energien frei. Sie wollten es nicht einfach hinnehmen, dass die NPD mit ihrer Schulhof-CD in ihren musikalischen Gefilden wilderte. So wurden die beiden jungen Rapper aus Salzgitter selbst aktiv und texteten den Song „Niedersachsen passt auf!“ Es ist ein Plädoyer gegen Rassismus und für ein solidarisches Miteinander, ganz nach dem Motto „alle anders – alle

gleich“. Auf rechte Gewalt nicht mit Gewalt reagieren ist ihr Motto. In der Rapkultur sehen sie die Möglichkeit ihren Protest gegen Rechts auszudrücken und darüber mit Verbündeten ins Gespräch zu kommen. „Ganz konkreter Anlass für den Song war ein Nazi-Aufmarsch in Salzgitter. Wir haben ihn auf der Gegendemonstration live performt und 10.000 CDs herstellen lassen und verteilt“. Allerdings ist die Musik für das Duo nur

ein Hobby, beide arbeiten und sind gewerkschaftlich organisiert. „Unsere CD lief auf vielen Betriebsversammlungen von VW oder bei Bosch“. Für ihr Engagement wurden die beiden Künstler im Dezember mit dem Sonderpreis des Landes Niedersachsens geehrt, der im Rahmen des Wettbewerbs „Die gelbe Hand“ in Hannover vergeben wurde. Das Lied kann auf der Homepage des Vereins heruntergeladen werden.
www.gelbehand.de/niedersachsen_passt_auf

ERFOLGREICHE KOOPERATION MIT DEM KUMPELVEREIN BEI EINER FORTBILDUNG DER HAUPTAMTLICHEN GEWERKSCHAFTSSEKRETÄRINNEN ZUM THEMA RECHTS-EXTREMISMUS

„Wir müssen weiter dicke Bretter bohren“, so fasst Anja Weber, Gewerkschaftssekretärin der NGG-NRW zusammen, dass die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und anderen „Ideologien der Ungleichwertigkeit“ eine langfristige Angelegenheit ist.

Welche Inhalte sich hinter dem Schlagwort „Rechtsextremismus“ verbergen, welche Anknüpfungspunkte für rechtspopulistische Argumentationen die gegenwärtige wirtschaftliche Situation bietet und wie man auf betrieblicher Ebene aktiv werden kann, war Thema der Tagesveranstaltung „Rechtsextremismus bekämpfen – Alternativen entwickeln“.

Wichtiges Ziel der inhaltlichen Auseinandersetzung ist die Erkenntnis, dass sich rechtsextreme Einstellungen wie autoritäres Denken, Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Wohlstandschauvinismus oder die Verherrlichung des Nationalsozialismus zum Teil bis weit in die Mitte der Gesellschaft (und leider auch der Gewerkschaften) verbreitet sind und sie daraus ihre Gefährlichkeit gewinnen. „Die fünf Prozent Neonazis, die sind nicht unser Problem. Unser Problem ist es, dass wir rassistische Sprüche immer wieder, von ganz normalen Leuten zu hören bekommen. Darum müssen wir uns kümmern“ fasst ein Teilnehmender die Situation zusammen.

Die momentane Situation auf dem Arbeitsmarkt mit der Ausweitung prekärer Beschäftigung, hoher Arbeitslosigkeit und drohendem Abbau von Arbeitsplätzen auf Grund der Wirtschaftskrise bietet Anknüpfungspunkte



te für die soziale Demagogie von rechtsextremen Gruppen. Konkurrenzverhältnisse zwischen Arbeitnehmenden werden massiv verschärft und viele Menschen haben Angst vor dem sozialen Abstieg. „Dies ist ein Grund, weshalb ausgrenzende und letztlich menschen- und demokratiefeindliche ‚Krisenlösungen‘ Anklang finden können. Es besteht jedoch kein Automatismus zwischen Krise und rechtsextremen Deutungen. Die Herausforderung, vor der wir als GewerkschafterInnen stehen ist, dass wir solidarische Auswege aus der Krise entwickeln und durchsetzen müssen. Dies sind Politikentwürfe, die nicht auf Spaltungen, Ausgrenzung und Konkurrenz zwischen Gruppen basieren, sondern auf solidarischem Handeln, das alle einbezieht: Arbeitnehmende und Arbeitslose, ausländische und deutsche KollegInnen, Männer und Frauen“ erläutert Heike Mauer, Referentin des Kumpelvereins. Als ausgezeichnete Ausgangspunkt, ganz konkret und vor Ort im Betrieb aktiv zu werden, wurde die Initiative „Gemeinsam für Toleranz“ von NGG,

ANG und DEHOGA vorgestellt. In diese Richtung aktiv geworden ist bereits die NGG Region Aachen, in der demnächst in einem ersten Betrieb eine Vereinbarung für Toleranz und gute Zusammenarbeit aller Kollegin-

nen und Kollegen zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber abgeschlossen werden kann.

Kontakt:
www.ngg-nrw.de

Volksgemeinschaft statt Kapitalismus?

NEUES BUCH ZUR SOZIALEN DEMAGOGIE DER NEONAZIS ERSCIENEN

Soziale Damagogie von Neonazis hat gerade zu Zeiten des Wahlkampfes Hochkonjunktur. Gerne präsentieren sich Neonazis als gesellschaftliche „Kümmerer“, die Probleme anpacken und den „kleinen Leuten“ hilfreich unter die Arme greifen – von Hausaufgabenhilfe bis zur Beratung zu Hartz IV.

Dass dies jedoch kein neues Phänomen ist und welche menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Gedanken hinter ihren Parolen stehen, wird durch das neu erschienene Buch „Volksgemeinschaft statt Kapitalismus – Zur sozialen Demagogie der Neonazis“ deutlich: Es vermittelt einen guten Einblick in die verschiedenen Strömungen der alten und neuen Nazis, die ihre völkisch-rassistische und antisemitische Politik mit einem Mäntelchen des Sozialen umwölken. So finden sich im Buch Texte zum Globalisierungsdiskurs der NPD-Postille „Deutschen Stimme“, zu den Autonomen Nationalisten, zur nationalrevolutionären Fraktion innerhalb der NSDAP sowie der rassistisch aufgeladenen Sozialpolitik der NPD. Mehrere Hintergrundtexte beleuchten

den Begriff der Volksgemeinschaft und das Schlagwort des „Antikapitalismus von Rechts“. Thematisiert wird auch die grundsätzliche Problematik einer verkürzten Kapitalismuskritik (Stichwort „Heuschrecke“), die durch Personalisierungen und einer rigiden Gegenüberstellung von Finanz- und Industriekapital schnell antisemitische Klischees bedient. Eine Ergänzung finden die Artikel, die sich inhaltlich mit den Position der Neonazis auseinandersetzen durch einen Beitrag, der die notwendigen gewerkschaftlichen Gegenstrategien in den Mittelpunkt stellt. Hierzu gehört das Eintreten gegen neoliberale Politikvorstellungen und für soziale Gerechtigkeit genauso wie eine offensive Auseinandersetzung gegen rechtsextreme Aktivitäten in Betrieben, Bündnissen mit der Zivilgesellschaft und innerhalb der Gewerkschaften.

**Richard Gebhardt/
Dominik Clemens (Hg.):
Volksgemeinschaft
statt Kapitalismus?
PapyRossa-Verlag**



SEMINAR DER IG METALL STELLT BETRIEBLICHE AKTIVITÄTEN VOR

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise organisierte die IG Metall das Seminar „Die Krise ist da. Wir handeln“. Dazu kamen über 50 BetriebsrätInnen zusammen, um gerade während der Krisenzeit ihre Aktivitäten gegen Rechtspopulismus und für eine solidarische Gesellschaft zu verstärken und gemeinsam über Alternativen zu diskutieren.

Ein Ende der weltweiten Wirtschaftskrise ist noch immer nicht in Sicht. Zukunftsprognosen und eine Abschätzung ihrer konkreten Folgen sind spekulativ, so dass sich in der Bevölkerung die Krisenstimmung weiter verbreiten kann. In dieser unübersichtlichen Situation entsteht der verständliche Wunsch nach fairen Lösungen, nach sicheren Arbeitsplätzen nach einer Zukunftsperspektive für die Beschäftigten. Gerade im Superwahljahr 2009 wird die Lage jedoch auch von Neonazis und Rechtspopulisten als Türöffner für eine ausgrenzende, rassistische und menschenfeindliche Politik genutzt. Nicht nur die NPD sondern auch die verschiedenen „Pro“ Bewegungen versuchen mit rechtspopulistischer Stimmungsmache gegen „die da oben“, „die Ausländer“ oder „den Islam“ bei den Ängsten und Sorgen der Menschen anzuknüpfen. Dies war der Ausgangspunkt für das Wochen-seminar der IG Metall.

Zum Einstieg ins Thema referierte Alexander Häusler zum Thema „Rechtspopulismus als Bürgerbewegung“. So inszeniert sich beispielsweise die rechtsextreme Vereinigung „Pro Köln“ als „Stimme des Volkes“, die im Gegensatz zu etablierten Parteien nah dran ist an den Sorgen der BürgerInnen und die dies auch durch ihre Aktionsformen (z.B. Unterschriftensammlungen) unterstreicht. Obwohl sich „Pro Köln“ durch Äußerungen und Programm selbst als „rechtspopulistisch“ bezeichnet, ist für viele Menschen nicht sofort ersichtlich, dass es sich bei „Pro Köln“ um eine Vereinigung handelt,

deren Ursprünge in der extremen Rechten zu finden sind und die mit ihrer pauschalisierenden Islamkritik vor allem ausländerfeindliche Hetze betreibt.

Die an den Vortrag anschließenden Workshops verdeutlichten Aktionsmöglichkeiten im Betrieb und boten die Möglichkeit der gegenseitigen Vernetzung.

So zeigte der Betriebsrat von Ford, wie die erfolgreiche Mobilisierung gegen den von „Pro Köln“ veranstalteten Antiislamisierungskongress konkret im Betrieb dazu genutzt wurde, die innerbetriebliche Bildung gegen Rechtspopulismus und für ein solidarisches Miteinander zu stärken.

Allein die Ford Werke mobilisierten über 1.500 MitarbeiterInnen zur Demo und stellen 500 OrdnerInnen. Zu diesem Erfolg trug auch



die Aufklärungs- und Bildungskampagne bei, die die Vertrauenskörperleitung erarbeitete. In drei Modulen zu Styles und Codes von Neonazis, zur (Unrechts-)geschichte der Zwangsarbeiter bei Ford und zu den Hintergründen von „Pro Köln“ wurden über zwei Drittel der 900 Vertrauensleute geschult. Die Herangehensweise erläuterte Niklas Lanni von der VK-Leitung: „Wir haben uns bei der Schulung zu Pro Köln bewusst nicht zum Thema Moscheebau positioniert. Über das für und wider muss in einer Demokratie gestritten werden können. Unser Ziel war es, über die rechtsextremen und ausländerfeindlichen Hintergründe von Pro Köln aufzuklären, die sie unter dem Deckmäntelchen einer vermeintlichen

TERMINE UND VERANSTALTUNGEN:

Wirtschaftspartnerschaft – Sozialpartnerschaft?
Rheinland Pfalz
– Fujian wohin?
Tagung, 18.-19. September,
in Koblenz
Veranstalterin: DGB-RLP u.a.
Keine Stimme den Nazis!
Am 27. September 2009
ist Bundestagswahl

Seit 20 Jahren unterhält das Land Rheinland-Pfalz eine Partnerschaft zur chinesischen Provinz Fujian. Neben wissenschaftlichen und umweltpolitischen Kontakten liegt ein Focus dieser Partnerschaft auf dem Aspekt Wirtschaft. Welche Rolle Sozialstandards bei der Partnerschaft haben, wie sich die Wirtschaftskrise auf beide Regionen auswirkt und wie der gewerkschaftliche und zivilgesellschaftliche Beitrag zur Partnerschaft aussehen kann, diskutieren auf der Tagung Interessierte aus Gewerkschaften, Kirchen, Politik und Gesellschaft

<http://www.ak-rlp-fujian.de>

Gegen rechte Gewalt – wir schauen nicht weg!

Demonstration mit anschließendem Familienfest,
19. September,
Alsdorf
Veranstalterin: IG BCE

Die IG BCE ruft zur Teilnahme an einem Demonstrationszug und einer Biker Sternfahrt gegen rechte Gewalt auf. Als Hauptredner wird Ulrich Freese, der stellvertretende Vorsitzende der IG BCE die Demonstration begleiten. Daneben ist für ein abwechslungsreiches Musik-Programm gesorgt.

www.igbce.de/portal/site/igbce/bildung_und_qualifizierung/

Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus in der Arbeitswelt

Arbeitstagung, 22. Oktober 2009,
Frankfurt
Veranstalter:
Hans-Böckler-Stiftung
in Kooperation mit der IG Metall

Seit Jahren weisen Studien auf weit verbreitete rechtsextreme Einstellungen quer durch die Gesellschaft hin. Ob oder inwieweit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzw. bestimmte Gruppen unter ihnen empfänglich für rechtspopulistische Einstellungen sind, wird in der Wissenschaft, in Betrieben und Gewerkschaften unterschiedlich bewertet.

Der Workshop "Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus in der Arbeitswelt" stellt Grundlage einer neuen Expertise den Forschungsstand zum Verhältnis von Beschäftigten und Rechtspopulismus vor. Dabei geht es auch um einen Überblick über die Bandbreite von Ursachen und Faktoren, die rechtspopulistische Orientierungen und rechtsextreme Einstellungen in der Arbeitswelt begünstigen können. Der Workshop soll die Diskussion über die unterschiedlichen Bewertungen und Schlussfolgerungen zwischen Wissenschaft und Arbeitnehmer

Anmeldung:
www.boeckler.de/33_96339.html

Kritik am Islamismus versteckt. Das ist gut angekommen."

So zeigte sich während des Seminars: Es ist wichtig, Politikvorschläge gegen die Krise darauf zu prüfen, ob sie auf solidarische Krisenlösungen zielen, und nicht auf Kosten von Minderheiten letztlich auf Ausgrenzung basieren und die Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Beschäftigtengruppen verschärfen.

Kontakt:

Petra Wolfram
IG Metall Bildungszentrum
Sprockhövel
petra.wolfram@igmetall.de
Petra Wlecklik,
IG Metall Vorstand,
Ressort Migration
petra.wlecklik@igmetall.de

Film des Monats:

„WIR SIND DRAN!“ PROJEKT- UND AKTIONSBOX ZUR POLITISCHEN BILDUNGSARBEIT

Die Aktionsbox der DGB Jugend richtet sich an engagierte Menschen, die sich für eine faire und gute Arbeitswelt für Jugendliche einsetzen. Sie ist einen Bildungsbaukasten, mit dem Jugendliche für ihre Themen sensibilisiert werden können. Konkrete Bildungsarbeit wird durch methodische Leitfäden planbar. Die Themen „Demokratie“, „Politik“, „Parteien“ und „Wahlen“ werden aufbereitet.

Die Aktionsbox enthält zu jedem Thema ein Themenheft mit einem Konzept für einen Semindurchlauf, vier bis sechs minütige Videoclips u.a. zu „Mindestlohn“, „Generation Praktikum“, „Jugendarbeitsschutzgesetz“ und Aktionskarten, mit deren Hilfe konkrete Aktionen auf einer Betriebsversammlung oder in der Öffentlichkeit geplant, durchgeführt und nachbereitet werden können.

Die Projekt- und Aktionsbox kann ausgeliehen werden unter:

[www.migration-online.de/
medienverleih](http://www.migration-online.de/medienverleih)



Parlamentarischer (Bündnis)Abend

DER BAYERISCHE LANDTAG TRITT DEM „BÜNDNIS FÜR TOLERANZ – DEMOKRATIE UND MENSCHENWÜRDE SCHÜTZEN“ BEI

Im Jahr 2005 gründete sich das bayernweite Bündnis um gegen Rechts-Extremismus, Rassismus und Antisemitismus aktiv zu werden. Federführend beteiligt war auch der DGB Bayern. Einen wichtigen Teil der Arbeit des Bündnisses nimmt – ausgehend von den Erfahrungen mit den Gegenaktivitäten der Stadt Wunsiedel gegen die Rudolf-Heß-Gedenkveranstaltungen – die Koordination und Vernetzung kommunaler Aktivi-

täten gegen Rechtsextremismus ein. Ein zentrales Ereignis ist deshalb der jährlich stattfindende „Tag der Demokratie“ in Wunsiedel.

Interesse an der Arbeit des Bündnisses zeigte nun auch der Bayerische Landtag: Während eines parlamentarischen Abends konnten die Bündnispartner ihre Aktivitäten vorstellen und das Parlament trat dem Bündnis bei.

UNTERSCHREIBEN GEGEN DEN OPTIONSZWANG

Kampagne des Interkulturellen Rates setzt sich für die Rechte von in Deutschland geborenen Kindern ausländischer Eltern ein.

Die Kampagne „Wider den Optionszwang“, die durch den Interkulturellen Rat koordiniert wird, setzt sich für die Abschaffung des sogenannten Optionszwangs ein. Kinder, die als Deutsche von ausländischen Eltern geboren werden, müssen sich mit dem Erreichen der Volljährigkeit bis zu ihrem 23. Lebensjahr zwischen der deutschen und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden. Die Regelung grenzt allerdings an Willkür, da Kinder mit einem deutschen Elternteil und Kinder von EU-Angehörigen und Schweizern nicht von ihr betroffen sind. Auch diejenigen, die ihre zweite Staatsangehörigkeit nicht ohne weiteres abgeben können, können ihre Doppelpässe behalten.

Prominente aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft, darunter die ehemalige Ausländerbeauftragte Marilise Beck, die Vorsitzende der Zuwanderungskommission Rita Süß-

muth und das DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach (DGB) sowie Ulrike Freese, stellvertretender Vorsitzender der IGB BCE unterstützen die Forderung nach einer Gleichbehandlung in Deutschland geborener Kinder ausländischer Eltern. Dennoch verpasste der Bundestag am 2. Juli erneut die Chance, den Optionszwang für die Betroffenen abzuschaffen. Nur 93 der 611 Abgeordneten stimmten für die konsequente Anwendung des Geburtsortsrechts und die Abschaffung des Optionszwangs.

Dabei wird eine Neuregelung immer dringlicher, da die Zahl der Betroffenen in Zukunft steigen wird: Von etwa 3.300 im Jahr 2008 auf bis zu 40.000 Betroffene jährlich im Jahr 2018.

Die Kampagne des Interkulturellen Rates wird über die Legislaturperiode hinaus fortgesetzt. Durch eine Unterschrift kann sich jede und jeder für die Abschaffung der Ungleichbehandlung, die aus dem Optionszwang resultiert, einsetzen:

www.wider-den-optionszwang.de

Kontakt:

[www.bayerisches-
buendnis-fuer-toleranz.de/](http://www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de/)

In eigener Sache:

Auch in diesem Jahr wird der Wettbewerb „Die gelbe Hand“ ausgeschrieben. Den Newsletter „Aktiv + Gleichberechtigt“, der in den letzten Monaten auf Grund der prekären finanziellen Lage des Vereins nur unregelmäßig erscheinen konnte, wird in Zukunft wieder regelmäßig erscheinen.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Verein gegen Ausländerfeindlichkeit
und Rassismus

VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE
Sabine Hüther, IG Metall
Michaela Dälken, DGB Bildungswerk

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

REDAKTION

Heike Mauer

FOTOS

Kumpelverein, scholzphoto.de

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4301 193
E-Mail: info@gelbehand.de

PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Internet: www.setzkasten.de
Tel.: 0211/40800900